

Regierungschao in der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik beenden

– 7 Punkte für den Aufschwung –

Wie lange kann es sich Deutschland als eine Schlüsselmacht Europas noch leisten, seine wirtschaftliche Gebrechlichkeit und ökonomische Perspektivlosigkeit zu ignorieren?

Warum verzichtet unsere Volkswirtschaft freiwillig auf die Arbeitsleistung, die Erfahrung und Motivation von mehr als 4 Millionen Mitbürgern?

Warum lassen wir es zu, dass der Staat immer mehr Lebens- und Gestaltungskraft von der Gesellschaft absaugt und die Bürger bevormundet, ausbeutet und schikaniert?

Diese Fragen treffen den Nerv der schweren Strukturkrise, in der sich Deutschland befindet.

Für den Wirtschaftsrat sind sie der Anlass, einen neuen 7-Punkte-Katalog für grundlegende Reformen in der Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vorzulegen.

(1) Sofortprogramm für den Mittelstand durchsetzen

Wer den Mittelstand wieder zum Mittelpunkt künftiger Wachstumspolitik machen will, muss ihm mehr Spielräume eröffnen, statt das Heil in immer mehr Bürokratie und neuen Subventionen zu suchen.

Die mittelständischen Unternehmen stehen mit dem Rücken zur Wand. Allein dieses Jahr haben über 40.000 Firmen pleite gemacht, 30 Prozent der Unternehmen schreiben rote Zahlen. In dieser katastrophalen Lage ist dringend ein steuerliches Sofortprogramm zur Stärkung der Eigenkapitalbasis und Investitionsfähigkeit erforderlich. Es muss umfassen:

- die vorgezogene Senkung des Einkommensteuer-Spitzensatzes für gewerbliche Einkünfte auf 39 Prozent,
- den Verzicht auf Einschnitte in die Verlustverrechnung, die Wiedereinführung des zweijährigen Verlustrücktrags sowie die Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten,
- die Anhebung der Beteiligungsgrenze für die steuerfreie Veräußerung privater Anteile an Kapitalgesellschaften von 1 auf 10 Prozent, um auch GmbH's finanziell zu stärken.

Dieses Gesamtpaket kostet 7 Milliarden Euro, die durch Einsparungen im Staatshaushalt, vor allem im personellen und konsumtiven Bereich sowie bei Subventionen, aufzubringen sind.

Auf keinen Fall darf es zu einer neuen Vermögensteuer kommen. Mit einer 20-prozentigen Zinsabgeltungsteuer und einer einmaligen Nachversteuerung von 20

Prozent sollte stattdessen eine attraktive „Rückkehroption“ für Fluchtkapital eröffnet werden.

(2) Strukturreform des Steuersystems bis 2006

Das Konzept „Mit Steuern steuern“ ist gescheitert. Nur ein klares und einfaches Steuersystem, das Menschen und Unternehmen möglichst viel vom Verdiensten übrig lässt, ist auch gerecht.

Das steuerliche Sofortprogramm für den Mittelstand kann nur ein erster Schritt sein. Darüber hinaus muss zügig eine umfassende Steuerreform auf den Weg gebracht und in Stufen bis spätestens 2006 umgesetzt werden. Sie sollte enthalten:

- die Senkung der Einkommensteuer mit einem Spitzensatz von unter 35 Prozent,
- im Gegenzug die Streichung von Besteuerungsausnahmen und Steuervergünstigungen,
- den Ersatz der Gewerbesteuer durch ein kommunales Zuschlagsrecht auf Einkommen- und Körperschaftsteuer - ohne die Gesamtsteuerlast zu erhöhen,
- den Einstieg in die vom Verfassungsgericht geforderte Reform der Rentenbesteuerung.

(3) Staatsaufgaben reduzieren – Staatshaushalt sanieren

Der Rückzug des Staates ist kein Schreckensszenario mit der Folge öffentlicher Armut, sondern im Gegenteil ein Fitnessprogramm für mehr Lebensqualität, also für den Reichtum von Bürgern und Gesellschaft.

Durch neue Steuererhöhungen lässt sich die dramatische Neuverschuldung des Staates nicht stoppen. Im Gegenteil: Das Wegbrechen der Steuerbasis verstärkt die Krise der öffentlichen Finanzen. Der Staat muss sparen, sich auf seine Kernaufgaben beschränken und die Staatsquote bis 2010 auf 40 Prozent senken. Einsparpotenziale in den öffentlichen Haushalten liegen vor allem in:

- der Rückführung der jährlichen Subventionen von derzeit 135 Milliarden Euro,
- dem Abbau unwirksamer aktiver Arbeitsmarktpolitik mit 22 Milliarden Euro,
- der forcierten Privatisierung von über 100.000 öffentlichen Beteiligungen,
- einer Verschlankung des öffentlichen Dienstes in den nächsten 4 Jahren um jeweils 100.000 Stellen im Rahmen der natürlichen Fluktuation. Das bedeutet ein Einsparvolumen von insgesamt 24 Milliarden Euro.

(4) Arbeitsmarkt aus Staatshand befreien

Wer die Arbeitslosigkeit beseitigen will, sollte sich an Grundwahrheiten erinnern: Besser befristet einen Job als unbefristet stempeln gehen; besser flexible Arbeit als unflexible Tarifverträge!

Die sich abzeichnenden Zugeständnisse der Bundesregierung zur Hartz-Umsetzung bei Scheinselbstständigkeit, Mini-Jobs und Brückengeld können allenfalls ein erster Schritt sein. Eine weitere „Staatsbewirtschaftung“ des Arbeitsmarktes muss verhindert werden. Der Wirtschaftsrat fordert zur Flexibilisierung des Arbeitsrechtes:

- die Abschaffung von § 77 Abs. 3 Betriebsverfassungsgesetz und die gesetzliche Neudefinition des Günstigkeitsprinzips (§ 4 Abs. 3 Tarifvertragsgesetz),
- die Aufgabe der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen,

- eine Anhebung der gesetzlichen Kündigungsschutzschwelle von 5 auf 50 Mitarbeiter,
- die Rücknahme des Rechts auf Teilzeit und der Gesetze zu Scheinselbständigkeit und Zeitarbeit,
- eine Anhebung der Einkommensgrenze für geringfügig Beschäftigte auf 600 Euro monatlich,
- die Verkleinerung der Betriebs- und Aufsichtsräte zur Effizienzsteigerung.

Durch die rot-grüne Reform der Betriebsverfassung sind die Kosten der betrieblichen Mitbestimmung für die Unternehmen von 5,3 auf 6,6 Milliarden Euro im Jahr angestiegen. - Die Gesamtzahl der Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat liegt im internationalen Durchschnitt bei 12, in Deutschland bei 29 Personen.

(5) Neue Rentenreform jetzt – und nicht erst in zehn Jahren

Dass unser staatliches Rentensystem den gewohnten Lebensstandard im Alter sichert, ist eine gefährliche – und von der Politik gehätschelte – Illusion. Geburtenjahrgänge ab 1950 zahlen längst mehr in die gesetzlichen Rentenkassen ein, als sie an Auszahlungen zu erwarten haben. Tatsächlich muss eine vergreisende Gesellschaft die sich ständig weiter öffnende Versorgungslücke durch privates Sparen schließen.

Die neue Rentenreform sollte unbedingt beinhalten:

- eine Rentenformel, die die Konsequenzen der zunehmenden Lebenserwartung gleichmäßiger auf die Schultern von Jung und Alt verteilt,
- den früheren Einstieg in das Berufsleben und die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre,
- den Abbau der Riester-Bürokratie bei der privaten kapitalgedeckten Zusatzvorsorge,
- mehr Freiheiten bei der Betriebsrente durch die Zulassung reiner Beitragszusagen.

(6) Krankenkassenbeitrag auf 10 Prozent senken

Auch im Gesundheitswesen sind mehr Generationengerechtigkeit und ein frühzeitiges Ansparen für das Alter erforderlich. Gesund zu leben ist Privatsache, und nicht jede Unpässlichkeit ist ein Fall für die Krankenkasse!

Schon im kommenden Jahr droht ein Anstieg der Kassenbeiträge auf über 15 Prozent. Dagegen fordert der Wirtschaftsrat eine Senkung des gesetzlichen Beitragsatzes auf 10 Prozent, um Spielraum für die private Vorsorge zu schaffen. Dazu benötigen wir:

- den Einstieg in eine private Kapitaldeckung von 10 Prozent bis 2010 und 30 Prozent bis 2030,
- die Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung um jährlich 34 Milliarden Euro durch Selbstbehalte und die eigene Absicherung privater Unfallrisiken sowie des Zahnbereichs,
- eine Halbierung des 14 Milliarden Euro umfassenden Risikostrukturausgleichs,
- die Rückführung der Fremdlasten für die gesetzliche Krankenversicherung und die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen von ca. 10 Milliarden Euro im Jahr.

(7) Bildung durch Wettbewerb auf Spitzenniveau bringen

Das bestenfalls mittelmäßige deutsche Bildungssystem ist eine schwere Hypothek für den Standort Deutschland. Ohne den frischen Wind des Wettbewerbs werden die verkalkten Systeme von Schule und Hochschule von der Krise in die Katastrophe taumeln.

Jeder zehnte Schulabgänger hat bei uns keinen Abschluss. Wir geben 40 Prozent mehr für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit aus, als wir in Schulen investieren. Um wieder zur internationalen Bildungsspitze aufzuschließen, brauchen wir:

- eine Stärkung mathematischer und naturwissenschaftlicher Kernfächer in den Schulen,
- das Abitur in der Regel nach 12 Schuljahren und kürzere Studienzeiten,
- die eigenständige Auswahl der Studenten durch die Hochschulen,
- die Einführung sozialverträglicher Studiengebühren (dies erbrächte ein Finanzierungsvolumen von über 3 Milliarden Euro jährlich),
- die enge Verzahnung von Hochschulen und Wirtschaft, um Unternehmensausgründungen zu fördern und die Vermarktung von Forschungsergebnissen zu beschleunigen.

Berlin, den 17. Dezember 2002